

Greenpeace: Verbraucher für einen „grünen Stromwechsel“ gewinnen

Umweltorganisation setzt weiter auf gewaltfreie Aktionen / Gespräch mit dem neuen Chef Walter Homolka

Sch. HAMBURG, 17. August. „Zeit für den Stromwechsel“ nennt die Umweltorganisation Greenpeace ihre neue Aktion mit der sie Verbraucher auffordern will, die Chancen des seit April liberalisierten Strommarktes zu nutzen. Mit einer Postkarten-Aktion will sie die Bürger motivieren, zu „grünen“ Stromversorgern zu wechseln, die Strom ohne Klimazerstörung und atomare Risiken herstellen. Seit April könnten Stromkunden ihren Energieversorger zwar frei wählen und mit ihrem Kaufverhalten so auch die Energiepolitik aktiv beeinflussen. Doch Walter Homolka, seit Frühjahr neuer Chef der Umweltorganisation, befürchtet, daß der jetzt einsetzende Wettbewerb auf Kosten der Umwelt gehen könnte. Praxisorientierte Regelungen und überhöhte Gebühren für den Netzzugang verhinderten weiter die freie Wahlmöglichkeit für private Kunden und kleinere Gewerbebetriebe. Innovative Energiedienstleister würden so vom Markt ferngehalten, erklärte Homolka in einem Gespräch mit dieser Zeitung. Die Umweltorganisation fordert daher niedrigere Netzgebühren für alle erneuerbaren Energiequellen, den Erhalt und Ausbau des Stromeinspeisungsgesetzes und seine Integration in das Energiewirtschaftsgesetz, weiter die Aufnahme der Vergütung für Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen in das Stromeinspeisungsgesetz sowie vereinfachte Regelungen für „Grünen Strom“ bei der Stromnutzung.

Der vierunddreißigjährige Homolka, der vorher dem Vorstandsstab der Bertelsmann Buch AG angehörte und außerdem Rabbiner der Liberalen Jüdischen Gemeinde Beth Salomon in München war, sieht die künftigen Schwerpunkte seiner Tätigkeit neben der Arbeit an der „Energiewende“, vor allem im Ausstieg aus der Atomindustrie und im Kampf gegen genmanipulierte Lebensmittel. Große Chemie- und Pharmakonzerne erschlossen sich derzeit mit der Genmanipulation von Pflanzen in großem Umfang neue Märkte. Um im Wettbewerb bestehen zu können, seien Bauern - trotz eigener Bedenken - gezwungen, das manipulierte Saatgut und die dazugehörigen Pflanzenschutzmittel anzuwenden. Sie gerieten so in immer größere Abhängigkeit, zumal sich die „Saatgutmultis“ auch in den Getreidehandel und die Lebensmittel-Herstellung einkaufen und damit die Bauern von beiden Seiten in die Zange nähmen. Nach Auffassung des Greenpeace-Chefs haben Umweltbewegungen in den vergangenen Jahren viel erreicht, vom geschärften Bewußtsein des Bürgers bis hin zu mehr Verständnis bei Behörden und Unternehmen. Doch dadurch sei die Gefahr gewachsen, daß sich die Gesellschaft in Fragen der Umwelt „in falscher Sicherheit“ wiege. Selbst unter einer rot-grünen Bundesregierung mit Jürgen Trittin als Umweltminister gebe es für Greenpeace noch viel zu tun, weil die Politik stets den Kompromiß suche, dieser jedoch oft ein fauler sei.

Der neue Greenpeace-Chef setzt daher weiter auf die „bewährte“ Politik seiner Organisation, durch direkte und gewaltfreie Aktionen weitreichende Forderungen zum Schütze der Umwelt durchzusetzen. Um den Ausstieg aus der Atomenergie voranzutreiben, werde man vor allem gegen die älteren Kernkraftwerke Stade, Biblis und Obrigheim protestieren. Die Besetzung des Kernkraftwerks Stade (Untere Elbe) dieser Tage wertete Homolka als vollen Erfolg, wobei er sich wundert, wie leicht es den 15 Greenpeace-Mitgliedern gelungen sei, in die Anlage einzudringen und ihr zehn Meter großes Transparent „Atomausstieg jetzt, Stade abschalten“ an der Kuppel des Reaktordruckbehälters anzubringen. Mit Aktionen will Greenpeace künftig stärker auch auf die Automobilindustrie einwirken, die sich bisher immer noch weigere, energiesparende Motorenkonzepte auf den Markt zu bringen und stattdessen in „technologische Abenteuer“ wie die Brennstoffzelle flüchte. Technische ausgereifte Lösungen gebe es bereits, behauptet Homolka und verweist auf das im Auftrag seiner Organisation entwickelte Sparmobil „Smile“, das mit 2,5 Litern je 100 Kilometer auskomme und damit einen weitaus geringeren Kohlendioxid-Ausstoß als herkömmlich Fahrzeuge verursache.

Zukunft die Lieferung mit „sauberem Strom“ zu ermöglichen, werde Greenpeace entweder selber eine Gesellschaft zur Stromversorgung gründen oder mit einem Partner für dieses Vorhaben zusammengehen, sagte der Energie-Experte der Umweltschützer, Gero Lücking, am Montag in Hamburg. In den nächsten Wochen sollen Gespräche darüber vor allem mit ausländischen Anbietern geführt werden. Eine Entscheidung sei aber nicht vor dem Herbst zu erwarten. (ADN)